

Positionierung der Freien Wähler Dossenheim zur Erstaufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Dossenheim

Wir, die Freien Wähler Dossenheim, möchten im Folgenden unsere Sichtweise und unseren Standpunkt zur Erstaufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Dossenheim sowie zu den mit diesem Thema im Zusammenhang stehenden Entwicklungen und Diskussionen darlegen.

Das deutsche Asylrecht steht für uns in seinem Grundsatz nicht zur Disposition. Es ist nach unserer Ansicht für eine zivilisierte und aufgeklärte Gesellschaft selbstverständlich, Menschen, die in höchster Not an ihre Türe klopfen und um Hilfe bitten, nicht abzuweisen, sondern ihnen in menschenwürdiger Weise diese Hilfe zu erweisen. Dies ist im Prinzip nichts anderes als die gesellschaftliche Entsprechung des natürlichen empathischen Impulses, der – in unterschiedlicher Ausprägung – fast jedem Menschen innewohnt: Für einen Mitmenschen, dem Leid widerfährt oder der sich in Not befindet, Mitleid zu empfinden und dessen Leid und Not zu mindern.

So wie die persönliche Hilfsbereitschaft von Menschen unterschiedlich ausgeprägt ist – sei es in ihrem Umfang, wem man sie zu gewähren oder welche Einschränkungen man für sich selbst zu akzeptieren bereit ist –, haben auch die Bürger unseres Landes unterschiedliche Ansichten, wie mit der aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland umgegangen werden soll. Hier gibt es viel Raum für Diskussionen, wie wir es auch tagtäglich auf der bundes- und landespolitischen Bühne sowie in den Medien erleben dürfen. Jedoch ist es für uns als kommunalpolitische Vereinigung nicht unsere primäre Aufgabe, uns daran zu beteiligen. Für uns muss es darum gehen, dass Dossenheim seiner Verantwortung gerecht wird, geltendes Recht unter Berücksichtigung der Interessen der Dossenheimer Bevölkerung umzusetzen. Denn genau hierfür wurden die Mitglieder des Gemeinderats gewählt: Die Interessen und Pflichten der Einwohner Dossenheims als Teil der bundesdeutschen Bevölkerung wahrzunehmen.

Vor diesem Hintergrund formulieren wir die folgenden Leitgedanken, die unser Handeln bestimmen:

- Wir erteilen jeglicher Form von Gewalt, Hass und Hetze sowie sonstigen Gesetzesverstößen eine klare Absage – gleich, ob diese seitens der ortsansässigen Bevölkerung oder der Flüchtlinge ihren Ausgang nehmen. Wir fordern in solchen Fällen ein konsequentes Eingreifen der verantwortlichen Stellen, um das Vertrauen sowohl der Flüchtlinge als auch der Bevölkerung in unseren Rechtsstaat und unsere Behörden zu gewährleisten.
- Wir erwarten von den übergeordneten politischen Stellen und Behörden, dass sie ihre Aufgaben mit vollem Einsatz und mit dem notwendigen Verantwortungsbewusstsein erfüllen, um die zum Teil aus dem Ruder gelaufene Situation wieder in geordnete Bahnen zu lenken – sowohl innerhalb Deutschlands als auch Europas und letztlich auch über die Grenzen Europas hinaus. Wir unsererseits werden alles dafür tun, um in Dossenheim Rahmenbedingungen zu gestalten, die allen ankommenden Flüchtlingen einen sicheren und möglichst angenehmen Aufenthalt gewährleisten, sowie ihnen und der ortsansässigen Bevölkerung ein friedvolles Zusammenleben ermöglichen.
- Wir bitten die Dossenheimer Bevölkerung, die Flüchtlinge vorurteilsfrei willkommen zu heißen. Nicht umsonst gilt in unserer Rechtsprechung die Unschuldsvermutung. Übertragen auf das Flüchtlingsthema heißt dies, dass jedem Flüchtling und Asylbewerber zunächst einmal zu unterstellen ist, dass er in höchster Not und Verzweiflung seine Heimat aufgegeben hat, um sein Heil in einem ihm fremden, in unserem Land zu suchen. Sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ von Asylberechtigten zu unterscheiden, ist die Aufgabe der entsprechenden Behörden, nicht die

unsere. Und auch „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind letztlich zumeist verzweifelte Menschen, die nicht unsere Verachtung verdienen, sondern unser Mitgefühl.

- Wir erwarten von allen Dossenheimer Bürgerinnen und Bürgern, dass sie – gleich welche persönliche Haltung sie in der aktuellen Diskussion rund um das Flüchtlingsthema einnehmen – andere Meinungen und Ansichten, solange sie die Menschenwürde nicht antasten, zulassen und akzeptieren. Wir brauchen keine moralischen Verurteilungen und keine Brandreden, keine Schönrederei und keine Schwarzmalerei. Wir möchten Aufgaben und mögliche Probleme im Konsens lösen, und das geht nur, wenn alle miteinander im Gespräch bleiben. Bei der aktuellen Flüchtlingskrise handelt es sich um ein hochemotionales Thema. Mitgefühl gibt dabei als wichtiger und hilfreicher moralischer Kompass die korrekte Richtung vor und Ängste können ein wichtiges Warnsignal vor Fehlentwicklungen sein. Doch sind Gefühle in der Politik ein denkbar schlechter Ratgeber. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Ängste und Sorgen – durchaus nicht immer unbegründet – in der Bevölkerung vorhanden sind. Ängste lassen sich nicht verbieten, sondern nur nehmen. Und dies setzt voraus, sich mit ihnen und den Menschen, die sie haben, ernsthaft zu beschäftigen.
- Wir erwarten von den Flüchtlingen das, worüber sich jeder, der einem anderen Menschen hilft, freut: eine kleine Geste der Dankbarkeit. Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe werden verschenkt und sind nichts, das eingefordert werden kann. In unserer freiheitlichen Demokratie ist es selbstverständlich, dass von niemandem erwartet wird, seine Religion oder seine Bräuche und Kultur aufzugeben, solange diese nicht zu unserem geltenden Recht im Widerspruch stehen. Gleichwohl darf von Menschen, die ihre Heimat aufgegeben haben, um in einem fremden Land mit dessen eigener über Jahrtausende gewachsenen Kultur Zuflucht zu suchen, erwartet werden, dass sie Interesse an dieser Kultur zeigen, sie respektieren und sich aktiv integrieren. Dies bedeutet letztlich nicht zuletzt auch Anpassung an diese Gesellschaft und ihre Regeln und Normen des Zusammenlebens. Es gibt Werte in unserer Gesellschaft, die von jedem, der in diesem Land dauerhaft leben möchte, zu akzeptieren sind. Dies ist der notwendige Beitrag der Ankommenden, um die Entwicklung von Parallelgesellschaften mit all ihren negativen Folgen zu verhindern.
- Ebenso erwarten wir aber auch von der Dossenheimer Bevölkerung als ihren Beitrag die Bereitschaft zur echten Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Dies bedeutet, eigene Abneigungen und Vorurteile – so vorhanden – immer wieder in Frage zu stellen und auch zu überwinden. Dies heißt – gerade zu Beginn – tolerant und verständnisvoll zu sein und bei Konflikten zunächst einmal ein Missverständnis und nicht immer gleich eine böse Absicht zu unterstellen. Wir haben uns unsere jetzige Gesellschaftsform mit ihren Freiheiten und ihren Rechten über viele Jahrhunderte mühsam erarbeitet. Die meisten von uns wurden hineingeboren und konnten über viele Jahre allmählich erlernen, wie unsere Gesellschaft funktioniert und wie man sich darin bewegt. Wir können von den Flüchtlingen, die zumeist bereits eine vollständige Sozialisierung in einem anderen Kulturkreis erfahren haben, zwar erwarten, dass sie unsere gesellschaftlichen Normen ebenfalls erlernen und anwenden – aber nicht innerhalb weniger Wochen und schon gar nicht fehlerfrei.